

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

17.11.2022

Inhalt

EWN

1 „Projekt 100“ nimmt Fahrt auf <i>Elbe-Jeetzel-Zeitung, 17.11.2022</i>	3
-------------------------------------------------------------------------------------------	---

„Projekt 100“ nimmt Fahrt auf

Kreisatomausschuss will Fachtagungen zur längeren Zwischenlagerung und zur Endlagersuche anbieten

Dannenberg. Bisher gehörte es zu den düsteren Zukunftsprognosen der Gorleben-Gegner, wenn sie von einer insgesamt möglicherweise hundertjährigen Zwischenlagerung von hoch radioaktivem Atommüll sprachen. Weil vorher angeblich kein Endlager zur Verfügung stehe. Teile der Fachwelt haben das belächelt oder als typische Übertreibung beiseitegewischt.

Damit ist es seit einigen Tagen vorbei. Denn die 100 bekommt jetzt Nahrung von offenbar neuen Zeitvorstellungen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE): Demnach dürfte wohl erst 2046, womöglich aber auch erst 2065 überhaupt ein Standort ausgewählt sein. Die BGE kommuniziert diese Zahlen nicht öffentlich, dementiert sie aber auch nicht. Bisher war die Rede von 2031. Betriebsbereit sollte dann das Endlager nach ursprünglichen Planungen etwa 2050 sein. Das könnte nach den neuen Zahlen wohl irgendwann zwischen 2066 und 2085 sein – im letzteren Fall also 90 Jahre, nachdem der erste Castor in Gorleben eingelagert wurde. Was der neue Zeitkorridor für die atomaren Zwischenlager in Deutschland, unter anderem das in Gorleben, bedeuten könnte, war am Dienstag Thema im Kreisatomausschuss des Landkreises.

Dort forderte Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI), von der Gorlebener Zwischenlager-Betreiberin BGZ (Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung), dass die ihr Forschungsprogramm mit Blick auf verlängerte Zwischenlagerungen „völlig neu ausrichten“ müsse. Er sprach mit Verweis auf die neuen BGE-Zahlen von einem „Projekt 100“ für die Zwischenlagerung – es gehe nicht mehr nur um 40 Jahre Verlängerung. Das Lager ist zunächst bis 2034 genehmigt. Man müsse „gezielt Castor-Behälter öffnen“, um vor einer neuen Genehmigung Antworten auf die Langzeitsicherheit zu erlangen, forderte Ehmke.

Dr. Tristan Zielinski, Sprecher der BGZ in Gorleben, stellte in Aussicht, dass die BGZ im Rahmen ihres Forschungsprogramms auch bestrahlte Abschnitte von Brennstäben untersuchen wolle. Für eine solche Un-

tersuchung soll aber offenbar kein Castor-Behälter geöffnet werden. Auf Nachfrage der EJZ sagte Zielinski, dass man vielmehr Brennelemente, die direkt aus einem Atomkraftwerk stammen, in eine heiße Zelle transportieren und dort analysieren wolle. Die BGZ werde nachweisen, dass eine verlängerte Zwischenlagerung von hoch radioaktivem Müll sicher sei.

Ausschussvorsitzender Martin Donat (Soli) hält eine „tiefer gehende wissenschaftliche Debatte“ über das Forschungsprogramm der BGZ für nötig. Erst recht mit den neuen Zeitvorstellungen. Der Ausschuss verständigte sich darauf, zu diesem Thema Experten zu einer Fachtagung einzuladen. Als Hybridveranstaltung soll das auch ein Angebot an andere Zwischenlager-Standorte sein.

Um das Zwischenlager Gorleben mit Blick auf mögliche Terrorattacken nachzurüsten, sind laut BGZ erste Arbeiten angelaufen. Als vorbereitende Maßnahme, so Tristan Zielinski, werde derzeit die Nord-Zufahrt aufs Gelände umgestaltet. Die Arbeiten an der zehn Meter hohen Schutzmauer um das Castor-Lager und der Bau einer Sicherungszentrale sollen nächstes Jahr starten. Zurzeit sondiere die BGZ nach einem europaweiten Ausschreibungswettbewerb und werde demnächst Angebote anfordern. Auf die Frage nach neuen Terrorszenarien sagte Zielinski: Die Innenbehörden würden laufend potenzielle Bedrohungsszenarien neu bewerten. Mit Blick auf militärische Angriffe im Kriegsfall stellte der BGZ-Mann klar: Einen hundertprozentigen Schutz der Anlage könne es nicht geben.

Viel Forschungsbedarf sieht der Ausschuss offenbar auch bei der Endlagersuche. 60 Prozent Niedersachsens seien von Tongebieten betroffen, die sich im bundesweiten Suchkorridor befinden – unter anderem auch in DAN. Geotechniker der Leibniz Universität Hannover haben bereits eine erste wissenschaftliche Betrachtung zu Tongestein abgeliefert. Auch dafür will der Atomausschuss Öffentlichkeit herstellen und plant eine hybride Veranstaltung mit Experten.